

LAND TAGS KURIER



AUSGABE

7 | 24

Seite **4**

Landtag stimmt für
Untersuchungsausschuss
zur Coronapandemie

Seite **11**

Interviews zu Ansichten
jüngerer und älterer Ab-
geordneter im Parlament

Seite **17**

Vielfältige Beratungs-
angebote für Opfer der
SED-Diktatur



Sächsischer Landtag

LANDTAGS KURIER

AUSGABE 7 | 24

PLENUM

2. Sitzung
Gründliche Fehleranalyse und der Wille zum Lernen
AfD fordert Aufarbeitung der Coronapolitik **4**

Maßnahmen während der Coronapandemie in Sachsen **6**

3. Sitzung
Von Mittelstreckenraketen bis zur Zivilklausel
Landtag stimmt über zwei Anträge zur Friedenspolitik ab **7**

PARLAMENT

Novum Hauptausschuss
Gremium bündelt die Ausschussarbeit im Parlament **10**

Politik zwischen den Generationen
Wie viel Lebenserfahrung oder Idealismus brauchen Abgeordnete? **11**

AKTUELLES

Kurz informiert **14**

Integrationspreise gehen nach Werdau, Plauen und Dresden
Deutschlehrer im Ruhestand erhalten Sonderpreis für Sprachkurse in Crimmitschau **16**

Anlaufstelle für Opfer von DDR-Unrecht
Sächsische Landesbeauftragte berät Opfer der SED-Diktatur **17**

JUGEND

Jugendliche erforschen die Geschichte ihrer Heimat
20. Sächsische Jugendgeschichtstage im Landtag **18**

Worte mit Wirkung
Das Jugend-Redeforum und die Stimmen der Zukunft **20**

TITELBILD:
Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Jugendgeschichtstage 2024 im Landtag
Foto: T. Schlorke



Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Alexander Dierks vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Magdalena Portack, Heiner Ridder, Janina Wackernagel (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.)

Textbearbeitung und Gestaltung:
Ö GRAFIK, Tauscherstraße 44, 01277 Dresden
Druck und Vertrieb:
SDV Direct World GmbH,
Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden
Redaktionsschluss: 27.11.2024
Gastautoren: Susanne Kuban (Sächsische Jugendstiftung),
Dr. Teresa Tammer (Sächsischer Landtag),
Dr. Lutz Vogel (Hessisches Institut für Landesgeschichte)



Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder. | Das im Landtagskurier genutzte generische Maskulinum meint stets alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht. Die platzsparende Schreibweise dient ferner der besseren Lesbarkeit.

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.

GESCHICHTE

**Politikerinnen
zwischen Aufbruch
und Rollenerwartung**
Voraussetzungen
für die Tätigkeit
der ersten Parla-
mentarierinnen
in Sachsen **22**



Foto: T. Schlorke

Liebe Leserin, lieber Leser,

einiges ist anders in dieser neuen, 8. Wahlperiode des Sächsischen Landtags. Erstmals wird es in unserem Freistaat wohl keine Mehrheitsregierung geben. Vielmehr spricht einiges dafür, dass sich eine neue Staatsregierung im Parlament ihre Mehrheiten von Fall zu Fall suchen muss. Für die politischen Abläufe im Freistaat ist das ungewohnt. Manch einer sorgt sich um die politische Stabilität in unserem Land. Aber eine Minderheitsregierung ist nichts Schlimmes. Sie ist vielmehr eine Chance, etwas Neues auf den Weg zu bringen. So kommt beispielsweise auf das Parlament eine größere Verantwortung zu. Seine Rolle als Ort der politischen Entscheidungsfindung wird gestärkt. Die Staatsregierung muss auf die Fraktionen zugehen, diese müssen kollegialer zusammenarbeiten. Die Abgeordneten können neue Spielräume ausloten. Nicht zuletzt wird sich die Öffentlichkeit noch stärker einbringen. All dies führt uns im günstigsten Falle näher an den Kern der repräsentativen Demokratie. Am Ende jeder politischen Auseinandersetzung und jedes demokratischen Streits sollte sich die beste Lösung durchsetzen – für unseren Freistaat und seine Menschen!

Parallel zu den Diskussionen über die Regierungsbildung stand die Zeit im Landtag längst nicht still. Das Parlament trat Ende Oktober und Mitte November zu Plenarsitzungen zusammen. Dabei setzte es unter anderem einen Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung der Coronapandemie ein. Ein Hauptausschuss begann erstmals mit seiner Arbeit. Ebenso wurden mehrere Anträge debattiert. Den Landtag besuchte in der vergangenen Zeit wieder eine große Zahl von Gästen. Es war für mich eine große Freude, viele junge Menschen zum Jugend-Redeforum und zu den Jugendgeschichte-tagen willkommen zu heißen. Beide Veranstaltungsformate gibt es schon seit über 20 Jahren. Insofern ist zu Beginn dieser Wahlperiode doch nicht alles anders als gewohnt.

Seien Sie also auf die folgenden Seiten dieser Ausgabe gespannt. Vor allem aber wünsche ich Ihnen zum Schluss eine friedvolle Adventszeit und gesegnete Weihnachten.

Alexander Dierks
Präsident des Sächsischen Landtags

**»Eine
Minderheits-
regierung ist
nichts Schlimmes.
Sie ist vielmehr
eine Chance,
etwas Neues
auf den Weg zu
bringen.«**

20



22

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. | Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Gründliche Fehleranalyse und der Wille zum Lernen

AfD fordert Aufarbeitung der Coronapolitik



Sören Voigt

In seiner 2. Sitzung am 25. Oktober 2024 beschloss der 8. Sächsische Landtag die »Untersuchung der Krisenpolitik der sächsischen Staatsregierung im Zusammenhang mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 und der Erkrankung COVID-19« durch einen Untersuchungsausschuss. Den Antrag zur Einsetzung hatte die AfD-Fraktion auf den Weg gebracht. Die Fraktion BSW hatte zum gleichen Thema ebenfalls einen Untersuchungsausschuss beantragt, erreichte dafür aber nicht das notwendige Quorum.



Jörg Urban

AfD: Verhältnismäßigkeit aufklären

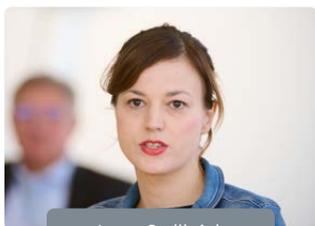
Jörg Urban (AfD) ergriff als erster Redner das Wort. Er erhob den Vorwurf, dass die Coronapolitik vollkommen überzogen gewesen sei. Es sei zu Schulschließungen, Umsatzverlusten von Betrieben, Zwangsschließungen von Gaststätten, Verboten von Versammlungen und vielem anderem mehr gekommen. Bis heute bestünden Zweifel an der Verhältnismäßigkeit der durch die Staatsregierung angeordneten Maßnahmen. Seine Fraktion wolle mit einem Untersuchungsausschuss prüfen, inwieweit die Maßnahmen legitim, angemessen und erforderlich gewesen seien, so Urban. Fehler müssten schonungslos offengelegt werden. Untersucht werden solle außerdem die Datengrundlage, nach der damals entschieden wurde, sowie die Sicherheit der eingesetzten mRNA-Impfstoffe. Die AfD-Fraktion habe seit dem ersten Lockdown auf alternative Wege hingewiesen. Jetzt müsse es darum gehen, die Vorgänge aufzuarbeiten.



Dr. Ingolf Huhn

CDU: Dialog statt Tribunal

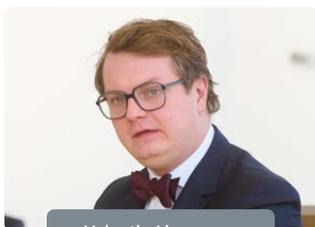
Sören Voigt (CDU) argumentierte in eine andere Richtung. Die AfD verfüge zwar über die notwendige Anzahl an Stimmen, um einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Doch es stelle sich die Frage, ob dieser tatsächlich das geeignete Instrument sei. Um die Komplexität der Coronapandemie angemessen aufzuarbeiten, plädiere seine Fraktion vielmehr für die Einsetzung einer Enquetekommission. Der entscheidende Unterschied zwischen beiden liege in der Herangehensweise. Während die AfD primär auf Dramatisierung und Skandalisierung abziele, strebe die CDU eine fundierte Klärung und einen echten Erkenntnisgewinn an. Man wolle die Öffentlichkeit einbeziehen und die Ergebnisse der Kommission breit diskutieren. Es sollten Erfahrungen und Sichtweisen jener Menschen einfließen, die von den Maßnahmen betroffen gewesen seien. Eine Enquetekommission folge einem öffentlichen und diskussionsorientierten Ansatz, ein Untersuchungsausschuss gleiche eher einem Tribunal.



Laura Stellbrink

BSW: Massive Folgen für das Kulturleben

Gegen den Gedanken einer Enquetekommission stellte sich wiederum Dr. Ingolf Huhn (BSW). Diese Art der Untersuchung sei eine Wohlfühlveranstaltung. Seine Fraktion plädiere deshalb für den Untersuchungsausschuss. Allerdings müsse man genau festlegen, was untersucht werden solle. Die Probleme der Coronazeit seien vielfältig. Besonders deutlich seien sie beispielsweise im Kulturleben spürbar. So hätten die großen Häuser, wie Theater und Orchester, zwar dank der Kurzarbeiterregelung überlebt. Viel schlimmer sei es aber für die Künstler gewesen, dass der Kontakt zum Publikum abgerissen sei und sich nur schwer wiederherstellen ließe. Massive Probleme hätten die Freischaffenden gehabt. Zwischenzeitlich gab es für Regisseure, Bühnenbildner, Choreografen, Sänger, Schauspieler und andere schlicht keine Engagements mehr. Er habe viele Menschen kennengelernt, so Huhn, die ihren Laden schließen oder ihren Beruf aufgeben mussten.



Valentin Lippmann



Rico Gebhardt



Fotos: S. Floss



www.landtag.sachsen.de

SPD: Für die Zukunft lernen

Das Virus habe den Landtag in der letzten Legislaturperiode stark beschäftigt, befand Laura Stellbrink (SPD). Ob jede der angewandten Maßnahmen richtig gewesen sei, könne man aus heutiger Sicht nur schwer feststellen. Obendrein ließen sich Schuldzuweisungen leichter treffen als fundierte Analysen. Allen politischen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren sei es zu jeder Zeit um den Schutz von Menschenleben gegangen. Die SPD-Fraktion wolle die Coronapandemie aufarbeiten und dabei vor allem für die Zukunft vorausdenken. Es gehe darum,

etwas für kommende Krisen, die man sich selbstverständlich nicht wünsche, zu lernen. Ein Untersuchungsausschuss sei dafür nicht das richtige Instrument. Vielmehr müsse die Coronapandemie an einem Tisch mit Wissenschaft und Politik aufgearbeitet werden. Dies könne eine Enquetekommission leisten, die zukunftsorientiert und wissenschaftlich begleitet arbeite.

BÜNDNISGRÜNE: Fehler nicht vermeidbar

Valentin Lippmann (BÜNDNISGRÜNE) bewertete den Sachverhalt ähnlich: Es sei normal,

dass in Ausnahmesituationen wie einer Pandemie Fehler gemacht würden. Dies entspreche dem Wesen einer Ausnahmesituation. Eben deshalb lohne sich auch ein Untersuchungsausschuss nicht. Den Antragstellern gehe es nicht darum, aus Fehlern zu lernen, sondern sie anzuprangern. Die Fraktion BÜNDNISGRÜNE wolle hingegen aus dem Rückblick lernen und Schlussfolgerungen für die Zukunft ziehen. Nicht nur die Pandemie selbst müsse aufgearbeitet werden, sondern auch die Entscheidungen in den Parlamenten und deren Folgen. Unzweifelhaft seien bei vielen Maßnahmen die langfristigen Folgen, vor allem für Kinder und Jugendliche während der Schulschließungen, nicht ausreichend bedacht worden. Auch die Einschränkung des Versammlungsrechts habe mitnichten dem Grundgedanken des Grundgesetzes entsprochen.

suchungsausschusses vorzulegen. So überschreite der vorliegende Antrag den Rahmen der parlamentarischen Kontrollkompetenz des Sächsischen Landtags deutlich, indem sich die Untersuchung auf andere Bundesländer und den Bund erstrecken solle. Ein Einsetzungsantrag müsse auch inhaltlich klar umrissen sein, doch die AfD frage mehrfach nach jeglichen Protesten gegen die Coronamaßnahmen. Feststellungen und Bewertungen dürften nicht vorweggenommen werden. Die AfD tue aber genau das, wenn sie unterstelle, die Staatsregierung könnte Medien beeinflusst oder Menschen unter Druck gesetzt haben. Ein Untersuchungsausschuss sei darüber hinaus keine Forschungsanstalt, die Fragen zum Sicherheitsprofil von Impfstoffen klären könne. Grundsätzlich bestehe seitens seiner Fraktion aber ebenfalls der Wunsch, die Coronakrise aufzuarbeiten, sagte Gebhardt.

Die Linke: Antrag mangelhaft

Nach Ansicht von Rico Gebhardt (Die Linke) sei es der AfD zum wiederholten Male nicht gelungen, einen zulässigen Antrag zur Einsetzung eines Unter-



// Dr. Daniel Thieme

Maßnahmen während der Coronapandemie in Sachsen

Die weltweite Coronapandemie in den Jahren 2020 bis 2022 war auch in Sachsen ein einschneidendes Ereignis. Am 4. März 2020 trat der erste bestätigte Coronafall im Freistaat auf. Um das Infektionsgeschehen einzudämmen, ergriffen sowohl die Bundesregierung als auch die Sächsische Staatsregierung umfangreiche Maßnahmen.

2020



Erster Lockdown 13. März bis 15. Mai 2020

- Großveranstaltungen untersagt (ab 10. März 2020)
- eingeschränktes Versammlungsrecht (13. März bis 4. Mai 2020)
- Schul- und Kitaschließungen (13. März bis 4. Mai 2020)
- Schließung von Einzelhandel, Dienstleistungen, Hotels/Pensionen und Gastronomie u.a. (ab 16. März 2020)
- Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen (22. März bis 4. Mai 2020)
- Maskenpflicht beim Einkauf sowie bei Fahrten mit Bus und Bahn (ab 20. April 2020)
- umfangreichere Lockerungen ab 15. Mai 2020, Hallenbäder, Discotheken, Jahrmärkte u.a. blieben jedoch geschlossen



Zweiter Lockdown 2. November 2020 bis 31. Mai 2021

- Dienstleistungsbetriebe, Freizeit- und Sporteinrichtungen, Gastronomie und Hotels geschlossen (ab 2. November 2020) sowie Einzelhandel (ab 14. Dezember 2020)
- Kontaktbeschränkungen (ab 1. Dezember 2020) und Ausgangsbeschränkungen mit 15-Kilometer-Radius (14. Dezember 2020 bis 8. März 2021)
- Schul- und Kitaschließungen (14. Dezember 2020 bis 15. Februar 2021)
- erster Coronaimpfstoff in Europa zugelassen (21. Dezember 2020)



2021

- Versammlungen mit maximal 10 Personen erlaubt (ab 4. Januar 2021)
- 13 Impfzentren in ganz Sachsen nehmen den Betrieb auf (11. Januar 2021)
- ab 31. Mai 2021 schrittweise Öffnungen und anhaltende Maskenpflicht in Bus und Bahn sowie beim Einkauf
- ab 23. September 2021 Anwendung 2G-Modell (Geimpft + Genesen) für viele öffentliche Bereiche



Dritter Lockdown 22. November 2021 bis 14. Januar 2022

- Einzelhandel, Gastronomie, Fahrschulen, Weihnachtsmärkte und Großveranstaltungen geschlossen bzw. abgesagt
- Schulpflicht ausgesetzt, aber Schulen offen
- Ausgangssperre für ungeimpfte Personen von 22 bis 6 Uhr
- Hotels und Ferienwohnungen geschlossen
- 2G-Regelung für Treffen mit maximal 10 Personen



2022

- ab 14. Januar 2022 Versammlungen mit maximal 200 Personen erlaubt, Schul- und Kitabesuch erfordert weiterhin wöchentliche Tests



2023

- ab 16. Januar 2023 sind Masken nur noch eine Empfehlung im ÖPNV
- Testpflicht in z. B. Pflegeeinrichtungen am 1. März 2023 aufgehoben

Übersicht ausgewählter Maßnahmen.

Quelle: <https://www.coronavirus.sachsen.de/archiv-der-abgelaufenen-amtlichen-bekanntmachungen.html>



Foto: S. Fluss

Von Mittelstreckenraketen bis zur Zivilklausel

Landtag stimmt über zwei Anträge zur Friedenspolitik ab

Am 19. November 2024 wählte der 8. Sächsische Landtag den Vorsitzenden und die Mitglieder des jüngst eingesetzten 1. Untersuchungsausschusses (UA) zur Coronapolitik der Staatsregierung. Die Abgeordneten wählten weiterhin die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses. Auf der Tagesordnung der 3. Plenarsitzung standen außerdem Anträge der Fraktionen AfD und Die Linke sowie ein Antrag des sächsischen Finanzministeriums zu außerplanmäßigen Ausgaben.

Wahlen zum 1. Untersuchungsausschuss

In der Plenarsitzung am 25. Oktober hatte der Landtag den 1. Untersuchungsausschuss der neuen Wahlperiode eingesetzt (Seiten 4/5). Am 19. November stand nun die Wahl der Mitglieder sowie des Vorsitzenden und seines Stellvertreters auf der Tagesordnung. Der Wahlvorschlag der CDU, Andreas Nowak zum Vorsitzenden zu bestimmen, erhielt die mehrheitliche Zustimmung des Parlaments. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wählte das Plenum André Wendt von der AfD-Fraktion.

Wahl Jugendhilfeausschuss

Gemäß dem Landesjugendhilfegesetz wählt der Sächsische Landtag weiterhin zehn der insgesamt 20 stimmberechtigten Mitglieder sowie deren Stellvertreter in den Landesjugendhilfeausschuss. Dieser ist ein Teil des Landesjugendamtes, das die öffentliche und freie Jugendhilfe in Sachsen unterstützt. In den Landesjugendhilfeausschuss wählte der Landtag nach d'Hondt je vier Vertreter von CDU und AfD sowie je ein Mitglied auf Vorschlag von BSW und SPD.

Antrag gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen

Nach den Gremienwahlen befasste sich der Sächsische Landtag mit einem Antrag der AfD-Fraktion. Unter dem Titel »Frieden statt Raketen – für ein friedliches Europa und eine Politik der Deeskalation« forderte die AfD von der Staatsregierung, sich im Bund gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Deutschland auszusprechen. Dem AfD-Antrag stimmte auch das BSW zu. Mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNISGRÜNE und Die Linke wurde er letztlich aber abgelehnt.

Jörg Urban (AfD) begründete den Antrag damit, dass die Stationierung weitreichender Waffensysteme Europas Sicherheit eher gefährde als schütze. Forderungen nach Abrüstung und Deeskalation müssten nach West und Ost gleichermaßen gerichtet werden. Marko Schiemann (CDU) erklärte, dass man beim Leid der Menschen in der Ukraine nicht wegsehen dürfe. Ihnen und ihrem angegriffenen Land müsse geholfen werden. Aber auch die Sorgen der sächsischen Bürger nehme man sehr ernst.

Für die Fraktion BSW begründete Sabine Zimmermann, warum sie dem Antrag der AfD zustimmen werde. Deutschland dürfe nicht zu einer Zielscheibe von Raketen werden. In Deutschland stationierte, amerikanische Raketen seien eine reale Gefahr. Sophie Koch (SPD) kritisierte den eingebrachten Antrag



Fotos: S. Floss

Die neue Erste Vizepräsidentin Ines Saborowski (v.m.) leitet erstmals eine Landtagssitzung.



Jörg Urban



Sabine Zimmermann



Susanne Schaper



Armin Schuster

deutlich. Wenn die AfD das Thema Frieden aufrufe, dann gleiche dies einem Wolf, der über den Schutz der Schafherde spreche. Um Frieden zu schaffen, müsse der russische Präsident Putin nur seine Truppen aus der Ukraine zurückziehen.

Der AfD gehe es nicht um Frieden, sondern um die Kapitulation der Ukraine, warf Staatsministerin Katja Meier (BÜNDNISGRÜNE) ein. Die Forderung »Frieden statt Raketen« verhöhne die Opfer des russischen Angriffskriegs. Stefan Hartmann (Die Linke) erklärte, dass es im Jahr 2023 mehr Gewaltkonflikte gegeben habe als je zuvor. Dennoch spiele fast keiner davon in der öffentlichen Debatte Deutschlands eine Rolle. Russland habe zuerst nuklearfähige Raketen in der Exklave Kaliningrad stationiert, so Innenminister Armin Schuster (CDU). Die NATO müsse angesichts des russischen Verhaltens nun gleichziehen. Diese Reihenfolge der Ereignisse dürfe nicht verwechselt werden.

Die Linke fordert Ende der militärischen Forschung

In einem weiteren Tagesordnungspunkt debattierte der Sächsische Landtag den Antrag der Fraktion Die Linke »Frieden braucht Mut.« Ein ziviles Leitbild für Hochschulen und Wissenschaft einführen und gesetzlich garantieren!« Mit dem Antrag wollte die Fraktion sicherstellen, dass die Arbeit an den staatlichen Hochschulen ausschließlich zivilen und friedlichen Zwecken dient. Eine Mehrheit im Landtag stimmte letztlich dagegen.

Susanne Schaper (Die Linke) begründete den Antrag ihrer Fraktion damit, dass der Wettlauf der Militarisierung gestoppt werden müsse. Die weltweiten Militärausgaben lägen ein Vielfaches über dem, was es bräuchte, um den Hunger zu

beenden. Um wenigstens einen Anfang zu machen, fordere man eine Initiative für friedliche Hochschulen. Oliver Fritzsche (CDU) sah durch eine Zivilklausel die Wissenschaftsfreiheit in Gefahr. Es sei ferner unklar, was eigentlich militärische Forschung sei. Zahlreiche Erfindungen können unterschiedlichen Einsatzzwecken dienen.

In ähnlicher Weise argumentierte Martina Jost (AfD). Auch das Internet oder die Satellitennavigation entstammten der Militärforschung. Ihre Fraktion wolle Freiheit in der Forschung und wieder mehr Innovationen aus Deutschland. Nico Rudolph (BSW) begrüßte den Antrag als Schritt in die richtige Richtung. Ohne eine ausreichende Finanzierung der Hochschulen sei das Ziel allerdings kaum realisierbar.

Wissenschaft lebe von Freiheit, Kreativität und Verantwortung, betonte Gerald Eisenblätter (SPD). Verbote indes schaden, egal, wie gut sie gemeint seien. Die Aufgabe des Staates liege darin, Wissenschaftler dabei zu unterstützen, die ethischen Folgen ihres Handelns abzuschätzen. Für die Fraktion BÜNDNISGRÜNE verteidigte Dr. Claudia Maicher den Schutz der Wissenschaftsfreiheit. Sie unterstrich die Freiwilligkeit der Hochschulen, sich eigene Zivilklauseln geben zu können. Ihre Fraktion setze sich dafür ein, die Mittel für die Grundausstattung zu erhöhen. Nach Ansicht von Wissenschaftsminister Sebastian Gemkow (CDU) trage der Antrag nicht der veränderten geopolitischen Realität seit dem Jahr 2022 Rechnung. Denn er bedeute nichts anderes, als dass man den deutschen Soldaten den bestmöglichen Schutz ihres Lebens verwehren solle.

Zusätzliche Mittel freigegeben

Eine weitere Debatte führte der Landtag zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben beim Landeshaushalt. Unter anderem ging es um gestiegene Aufwendungen und Leistungen für Asylbewerber. Der Hauptausschuss hatte sich dafür ausgesprochen, die Mittel freizugeben. Im Plenum bekräftigte die AfD-Fraktion jedoch ihre Ablehnung. Die CDU wiederum betrachtete die Mehrausgaben als unabweisbar. An die rechtliche Verpflichtung, die Zahlungen zu leisten, appellierten auch die Redner von BSW, SPD, BÜNDNISGRÜNE und Die Linke. Finanzminister Hartmut Vorjohan (CDU) betonte, dass es in dieser Sache ums Haushaltsrecht und nicht um das Asylrecht gehe. Der Beschlussempfehlung des Hauptausschusses wurde schließlich mehrheitlich zugestimmt.

// Dr. Daniel Thieme

SPIELREGELN DER PARLAMENTARISCHEN PRAXIS



Jeder neu gewählte Landtag beschließt zu Beginn der Wahlperiode eine Geschäftsordnung. Die vorliegende Fassung wurde in der konstituierenden Sitzung am 1. Oktober beschlossen. Sie enthält einige grundlegende Neuerungen. Eine davon ist der Hauptausschuss. Das Gremium übernimmt bis zur Bildung der Fachausschüsse deren Kernaufgaben.



Fotos: S. Floss

Novum Hauptausschuss

— Gremium bündelt die Ausschussarbeit im Parlament

Ein Ausschuss für begrenzte Zeit

Mit der neuen Geschäftsordnung des 8. Sächsischen Landtags haben sich die Fraktionen darauf geeinigt, dass es künftig bei Bedarf einen sogenannten Hauptausschuss geben kann. Er soll dringend zu bearbeitende Aufgaben der Fachausschüsse übernehmen, die erst nach der Regierungsbildung eingesetzt werden. Zu solchen Aufgaben gehört beispielsweise, kurzfristig angesetzte Zusatzausgaben der Staatsregierung zu beschließen oder gegebenenfalls

Was in anderen Landesparlamenten und auch im Deutschen Bundestag zuweilen schon seit längerem praktiziert wurde, hielt nun auch Einzug im Sächsischen Landtag: Der Landtag kann einen Hauptausschuss einsetzen, um die Arbeitsfähigkeit des Parlaments bis zur Bildung einer Regierung abzusichern.

den Einsetzungsantrag für einen Untersuchungsausschuss zu überprüfen. Außerdem befasst sich der Hauptausschuss bei Bedarf mit Fragen in Immunitätsangelegenheiten und könnte sich im Fall von aktuellen Ereignissen von den kommissarisch waltenden Staatsministerien berichten lassen.



schuss bietet im Gegensatz zu Plenarsitzungen die Möglichkeit, sensible Themen in nicht öffentlicher Sitzung zu beraten.

Handlungsfähigkeit absichern

Mit seinen Beschlüssen kann der Hauptausschuss erkennbar dazu beitragen, dass die parlamentarische Arbeit auch in einer Zeit ohne reguläre Fachausschüsse verlässlich fortgesetzt wird. So wird sichergestellt, dass Landtag und Staatsregierung gegebenenfalls auch bei unerwarteten Ereignissen handlungsfähig bleiben. Sobald die Fachausschüsse eingesetzt sind, wird der Hauptausschuss des Sächsischen Landtags aufgelöst. Noch nicht erledigte Angelegenheiten werden dann an die fachlich jeweils zuständigen Gremien überwiesen.

Die herausgehobene Stellung dieses Ausschusses in der Zeit der Regierungsbildung wird auch in seiner Besetzung deutlich. Den Vorsitz führt der Landtagspräsident, neben ihm sind alle Vizepräsidenten als Ausschussmitglieder gesetzt. Die weiteren Mitglieder werden wie üblich von den Fraktionen nach deren Stärkeverhältnis im Parlament benannt. Der Aus-

SONDERAUSGABEN BESCHLOSSEN

Am 30. Oktober 2024 trat der Hauptausschuss erstmals zusammen. Nötig geworden war eine Sitzung, weil seitens des Staatsministeriums für Finanzen die Freigabe dringender Finanzmittel angefragt worden war. Die Ausschussmitglieder berieten in der zweistündigen Sitzung über Sonderausgaben unter anderem in den Bereichen Jugendhilfe und Unterhaltsvorschuss, über zusätzliche Mittel für den Digitalpakt Schule sowie für die Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen und für die Abschiebungshaft. Nach längeren Debatten wurden die Sonderausgaben mehrheitlich genehmigt.

// Janina Wackernagel

Politik zwischen den Generationen

Wie viel Lebenserfahrung oder Idealismus brauchen Abgeordnete?

Im 8. Sächsischen Landtag treffen Abgeordnete verschiedener Generationen aufeinander. Einige blicken bereits auf einen langen politischen Werdegang zurück, andere betreten die landespolitische Arena ganz neu. Der Landtagskurier hat jüngere und ältere, neue und etablierte Abgeordnete befragt, wie Lebensalter und Erfahrung, Idealismus und Neugierde ihre politische Tätigkeit beeinflussen.

Gibt es für Sie nach 34 Jahren Abgeordnetentätigkeit noch etwas Neues im Parlament?

»Ja, jede Legislatur bringt neue und spannende Herausforderungen mit sich, aktuell besonders in den Bereichen Arbeit, Bildung und Sicherheit. Es ist interessant, wie sich die Themen entwickeln und welche neuen Perspektiven sie erfordern. Es gibt keinen Stillstand und kein Nachlassen im Engagement für unseren Freistaat Sachsen.«

Welche Ratschläge würden Sie den neu gewählten jungen Abgeordneten für ihren Start mitgeben?

»Der Austausch mit erfahrenen Kollegen ist wichtig, genauso wie der Kontakt zu den Menschen, für die wir arbeiten. Sie sollten sich nicht nur auf die Parteidisziplin konzentrieren, sondern auch Mut haben, die eigene Meinung einzubringen. Und ganz wichtig: Bleibt authentisch und euch selbst treu als Vertreter des sächsischen Volkes.«



MARKO SCHIEMANN (CDU),
69 Jahre, Abgeordneter seit 1990

Fotos: S. Floss

Wie blicken Sie auf die junge Generation, die jetzt neu in den Landtag einzieht?

»Ich schaue optimistisch auf die jungen Kolleginnen und Kollegen. Sie bringen frische Ideen und neue Energie mit.

Ein respektvoller Dialog zwischen Jung und Alt ist entscheidend für die Lösungen im Freistaat Sachsen und das Beste in seinen Regionen. Ich freue mich auf die gemeinsame Arbeit.«



FERDINAND WIEDEBURG (AfD),
67 Jahre, erstmals Abgeordneter

Welche Rolle spielt für Sie Lebenserfahrung in der Politik?

»Lebenserfahrung spielt für mich in der Politik eine

entscheidende Rolle. Dazu gehören Führungserfahrung, Menschenkenntnis und auch angemessene Umgangsformen.«

Sie schauen bereits auf ein erfülltes Berufsleben zurück. Warum gehen Sie jetzt erstmals in die Landespolitik?

»Ich sehe seit Jahren eine Entfremdung zwischen Politik und der Realität in unserem Land. Auch wirkliche Demokratie ist zum bloßen Wort geworden. Das war für mich der Hauptgrund, mich in der Landespolitik zu engagieren.«

die mit Anfang 20 ins Parlament einziehen?

»Ich bin schon der Meinung, dass ein Politiker erst einmal Lebenserfahrung sammeln sollte, bevor er ein solches Mandat anstrebt. Das ist wichtig, um auch die richtigen Entscheidungen für die Menschen zu treffen. Diese kann man mit 20 Jahren einfach nicht haben. Außerdem sollte man erst einmal eine Zeit im realen Arbeitsleben stehen, um Vieles beurteilen zu können.«

Was unterscheidet Sie Ihrer Meinung nach von Abgeordneten,

Foto: S. Flüßel



DR. INGOLF HUHN (BSW),
69 Jahre, erstmals Abgeordneter

Was hat Sie veranlasst, in diesem Jahr erstmals für den Sächsischen Landtag zu kandidieren?

»Die Hoffnung, etwas bewirken zu können. In Umbruchzeiten

haben wir immer gesagt: Das einzige, was hilft, ist, sich einzubringen, auch wenn die Chancen für einen Erfolg noch so gering sind: hingehen, laut das sagen, was man richtig

und wichtig findet, und kämpfen – notfalls mit ganz kleinen Schritten. Und sich nicht entmutigen lassen.«

Wie sehen Sie die Rolle von Erfahrung gegenüber neuen Perspektiven im Parlament?

»Entscheidungsabläufe in Parlamenten sind stark ritualisiert und an vielen Stellen mehr auf die jeweils eigene Situation, als auf die Sache hin orientiert. Da kann ein Neuling erst mal ganz naiv draufschauen und

fragen: Ist das wirklich richtig so, wie wir miteinander umgehen? Oder könnte man das sachlicher, ruhiger, gemeinschaftlicher machen?«

Wie viel Idealismus braucht es für ein Landtagsmandat?

»Das weiß ich noch nicht. Es braucht auf jeden Fall die Bereitschaft, sich in eine ganz fremde Welt hineinzubegeben, die auf den ersten Blick mit dem wirklichen Leben der Leute draußen wenig zu tun zu haben scheint.«

Gibt es spezifische Themen, die Ihre Generation stärker betreffen als andere Abgeordnete?

»Viele Menschen meiner Generation kommen gerade frisch aus der Ausbildung oder von der Uni und starten nun in das Arbeitsleben, manche gründen eine Familie. Das Geld ist oft knapp. Daher setze ich mich für bezahlbares Wohnen ein oder für gute Löhne, damit nicht noch mehr junge Menschen abwandern. Außerdem sind meiner Generation die Themen Klimaschutz oder gesellschaftlicher Zusammenhalt wichtig.«

Wie richten Sie Ihre politische Arbeit an den Interessen Ihrer Generation aus?

»Ich bin mit 18 aus dem Vogtland nach Dresden gezogen, weil mir auf dem Dorf zu wenig los war und ich ohne Auto nicht von A nach B kam. Aber auch in den Städten fehlt es oft an offenen Räumen für junge Menschen. Das möchte ich ändern. Außerdem will ich Entscheidungen mit jungen Menschen und nicht über ihre Köpfe hinweg diskutieren.«



SOPHIE KOCH (SPD),
31 Jahre, erstmals Abgeordnete

Was hat Sie dazu bewogen, in die Politik zu gehen?

»Ich bin in die Politik gegangen, weil mir Meckern allein nicht reicht. Ich möchte ein Sachsen gestalten, in dem alle gern leben – egal, wo sie herkommen.

Mir ist wichtig, dass vor jeder Klasse eine Lehrkraft steht und dass wir eine starke Zivilgesellschaft haben. Aus meiner Erfahrung im Katastrophenschutz weiß ich, wie unverzichtbar das Ehrenamt ist.«



VALENTIN LIPPMANN (BÜNDNISGRÜNE),
33 Jahre, Abgeordneter seit 2014

Wenn Sie zehn Jahre zurückschauen: Wie hat sich Ihre politische Arbeit seit dieser Zeit verändert?

»Die Härte der Wortmeldungen und der politischen Auseinandersetzungen hat zugenommen, und das nicht selten zu Lasten der fachlichen Tiefe. Das Ringen um Aufmerksamkeit ist

durch Social Media noch viel intensiver geworden. Angesichts der steigenden Komplexität sind wir als Abgeordnete stärker gefordert, unsere Arbeit den Menschen gut zu vermitteln. Insgesamt ist der Druck gestiegen, permanent medial präsent zu sein.«

Was können Sie als junger Abgeordneter von älteren Abgeordneten lernen und umgekehrt?

»Ich muss noch viel darüber lernen, wie der parlamentarische Betrieb bisher abgelaufen ist, da muss man Tausend Dinge wissen – vieles verdient auch Veränderung. Die älteren Abgeordneten sollten sich bei den jüngeren anschauen, unvoreingenommen über bestimmte Themen nachzudenken.«

Glauben Sie, dass jüngere Menschen anders an politische Themen herangehen als die Älteren?

»Das Parlament besteht nicht aus Robotern, sondern aus Menschen – sie alle machen Politik vor ihrem Erfahrungshorizont. Ich glaube, dass viele jüngere Menschen andere Fragen stellen und über andere Lösungswege nachdenken, weil sie noch nicht durch langjährige Arbeit geprägt sind. Ich will dazu beitragen, dass stärker unkonventionell diskutiert wird.«



NAM DUY NGUYEN (Die Linke), 28 Jahre, erstmals Abgeordneter

Gibt es etwas, auf das Sie sich als neuer Abgeordneter jetzt schon freuen?

»Ich darf und werde die Stimme derjenigen Menschen sein, die mit wenig Geld auskommen

müssen, die ausgebeutet oder ausgegrenzt werden – ob sie nun in meinem Wahlkreis leben oder außerhalb. Ich will ihre Themen und Interessen ins Parlament tragen.«



TINA TROMPTER (CDU), 23 Jahre, erstmals Abgeordnete

Gibt es etwas, das Sie von erfahreneren Kolleginnen und Kollegen lernen möchten?

»Als neue Abgeordnete möchte ich von den Erfahrungswerten der anderen Landtagsmitglie-

dern im Hinblick auf die parlamentarischen Abläufe profitieren. In den ersten Wochen konnte ich schon einen guten Einblick gewinnen.«

Welche jungen Perspektiven wollen Sie ins Parlament einbringen?

»Als jüngste Abgeordnete im Parlament verstehe ich mich auch als Sprachrohr der jungen Generation. Die Perspektive der schulischen, beruflichen und universitären Ausbildung stehen dabei für mich im Fokus. Natürlich möchte ich die parla-

mentarische Arbeit im Landtag der Jugend näherbringen und als verlässliche Ansprechpartnerin zur Verfügung stehen.«

Worauf freuen Sie sich als neu gewählte Abgeordnete am meisten?

»Ich freue mich auf den politischen Diskurs im Parlament. Als direkt gewählte Abgeordnete aus Nordsachsen möchte ich den Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern verstetigen. Für mich ist es eine große Freude, für die regionalen Interessen in Dresden einzustehen.«

Welchen Rat würden Sie neuen Abgeordneten geben?

»Als Parlamentarischer Geschäftsführer lege ich als intensive Lektüre allen die Geschäftsordnung des Landtags ans Herz: Es ist immer gut, die Regeln zu kennen und sie manchmal auch geschickt

in der Auseinandersetzung zu nutzen.«

Wie wichtig ist Ihrer Meinung nach die Zusammenarbeit zwischen den Generationen innerhalb Ihrer Fraktion?

»Das Parlament lebt vom Meinungsaustausch und unter-

schiedlichen Perspektiven. Insofern ist die Zusammenarbeit, vor allem aber der Austausch zwischen Generationen sehr wichtig. Das gilt aber natürlich auch für unterschiedliche berufliche Werdegänge, Herkunft oder soziale Hintergründe.«

// Magdalena Portack/
Dr. Daniel Thieme

Kurz informiert

Trauer um Dr. Kröber – ein Abgeordneter zweier Landtage

»Wenn ich heute zur Konstituierung zu Ihnen spreche, so geschieht das nicht nur als Vorsitzender der Fraktion der Liberalen [...], sondern als ein noch lebendes Mitglied des Landtags 1946.« Mit diesen Worten zitiert das Landtagsprotokoll vom 27. Oktober 1990 Dr. Günter Kröber. Er wurde 1928 in Leipzig geboren, studierte Jura und war ab 1953 als Rechtsanwalt tätig. Für die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands zog er 1950 in den Landtag ein. Sein politisches Engagement und seine Tätigkeit als Rechtsanwalt missfielen der DDR-Führung, die ihn 1955 und 1961 verhaften und aus der Anwaltschaft ausschließen ließ. Über 20 Jahre war er anschließend Justiziar der Centrum Warenhäuser Leipzig. 1989 wurde er zum Mitbegründer der Ost-FDP in Sachsen. Nach der Wiedervereinigung gehörte Günter Kröber als Mitglied der FDP und Fraktionsvorsitzender (1990 bis 1993) dem 1. Sächsischen Landtag an. Für seine politischen Tätigkeiten sowie sein vielfältiges Engagement erhielt er mehrere Auszeichnungen, unter anderem den Thomas-Dehler-Preis oder die Sächsische Verfassungsmedaille. Von 1995 bis 1998 war er Mitglied des sächsischen Verfassungsgerichtshofes und von 2001 bis 2007 Präsident der Rechtsanwaltskammer Sachsen. Günter Kröber verstarb am 26. September 2024 in Leipzig.



Foto: Landtag

Gewinner beim Landtags-Quiz ausgelost

Die Quiz-Gewinner vom Tag der offenen Tür am 3. Oktober stehen fest. Sie konnten alle Fragen über das sächsische Parlament richtig beantworten. Für das notwendige Losglück sorgten unsere FSJlerin Magdalena Portack (links) und Praktikantin Lillie Sladek. Insgesamt gab es 15 Preise zu gewinnen. Der Hauptpreis, zwei Karten für die Semperoper inklusive Essen für zwei Personen, ging an einen Gewinner in Dresden. Ein Teilnehmer aus Radeberg gewann den zweiten Preis, eine JBL Bluetooth-Box. Der dritte Preis, das Monopoly-Spiel »Sehenswürdigkeiten Deutschlands«, ging ebenfalls nach Dresden. Verlost wurden außerdem Familienkarten für die Zoos in Leipzig und Dresden sowie das Buch »Legendäre Wanderrouten in Deutschland« von Lonely Planet.



Foto: Landtag



Foto: P. Glaser

Landtagspräsident Alexander Dierks gratuliert zum »Brückepreis 2024«

Für ihr herausragendes Engagement um den Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegsgebieten und ihr unerlässliches Bemühen um humanitäres Handeln erhielt Mirjana Spoljaric Egger am 13. November den Internationalen Brückepreis der Europastadt Görlitz/Zgorzelec. Landtagspräsident Alexander Dierks nahm in Vertretung von Ministerpräsident Michael Kretschmer an der Preisverleihung teil und gratulierte der Preisträgerin im Namen des Landtags und der Staatsregierung: »Auf der Seite der Menschlichkeit sein – in diesem Geiste verbinden das Rote Kreuz und der Rote Halbmond Menschen aus 192 Nationen. Die Organisation ist also ganz im Sinne der Preisstifter ein echter Brückenbauer.« Mirjana Spoljaric Egger setzt sich seit 15 Jahren in unterschiedlichen Funktionen für den Schutz unbeteiligter Bürgerinnen und Bürger sowie die Freilassung von Geiseln und Kriegsgefangenen ein.



Foto: L. J. Dreischulte

Polnische Kulturministerin im Parlament zu Gast

Landtagspräsident Alexander Dierks traf am 6. November die polnische Ministerin für Kultur und Nationales Erbe, Hanna Wróblewska, im Sächsischen Landtag zum Gespräch. Anlässlich der Eröffnung der Kunstausstellung »Der Wandel wird kommen«, die Kritik und Engagement in der polnischen Kunst zeigt, unterhielten sich beide u. a. über den sächsisch-polnischen Kulturaustausch, die UNESCO-Welterbestätte Muskauer Park sowie über die Europäische Kulturhauptstadt 2025 Chemnitz.

INTEGRATIONSPREIS FÜR VORBILDER UND BRÜCKENBAUER

Seit 15 Jahren wird in Sachsen der Integrationspreis verliehen. Er würdigt Menschen, die mit viel Herzblut zum Zusammenhalt in unserem Freistaat beitragen. Sie bauen Brücken und helfen, dass Migranten einen Platz in der Mitte der Gesellschaft finden können.

Andrea Gärtner und André Kleber von der Wasserwacht der Koberbachtalsperre Langenhessen im Interview mit Moderator Silvio Zschage

Integrationspreise gehen nach Werdau, Plauen und Dresden

Deutschlehrer im Ruhestand erhalten Sonderpreis für Sprachkurse in Crimmitschau

Glückliche Preisträger inmitten vieler Aktiver aus Sachsen



Fotos: O. Killig

Sächsischer Integrationspreis  2024

Im Sommer 2009 schrieb die damalige Ausländerbeauftragte Friederike de Haas zum ersten Mal einen Integrationspreis für sächsische Initiativen aus. Mittlerweile hat sich der Preis etabliert. Die heutigen Stifter, Integrationsministerin Petra Köpping und Ausländerbeauftragter Geert Mackenroth, initiierten den Wettbewerb bereits neun Mal gemeinsam und prämierten zahlreiche Initiativen. So wird die Arbeit der Aktiven vor Ort gewürdigt.



Landtagsvizepräsidentin Ines Saborowski begrüßte Gäste, Laudatoren und Preisträger.

Seit dem Gründungsjahr hat sich der Kreis der Bewerber und Vorgeschlagenen für den Integrationspreis kontinuierlich erweitert. Allein 74 Projekte stellt die begleitende Dokumentation in diesem Jahr vor. Die Gewinner erhalten je 3.000 Euro Preisgeld für ihre Arbeit. Neben der Ehrung hilft ihnen die begleitende Öffentlichkeitsarbeit in ihrer Heimatregion. »Unser Standing hat enorm gewonnen.«, so eine ehemalige Preisträgerin, die in der Jury mitar-

beitete. Alle Preisträger, Nominierten und die übrigen Projekte werden sichtbarer und ihre Arbeit erfährt Wertschätzung. »Wir wollen Integration sichtbar machen«, ist auch das erklärte Ziel der beiden Stifter.

Gewinner auf allen Seiten

Der Werdauer Oberbürgermeister Sören Kristensen hielt die Laudatio auf die Wasserwacht Langenhessen im DRK Kreisverband Zwickauer Land. Die Gruppe hat etwa 300 Mitglieder aus mindestens sechs Nationen. Ab 2014 öffnete sich die Wasserwacht für interkulturelle Beteiligung und Integrationsarbeit. Sie half im Werdauer Helferkreis 2015 und erneut zu Beginn des Ukrainekrieges. Etwa 40 Mitglieder der Wasserwacht wurden aus den Reihen geflüchteter Ukrainer gewonnen.

Für Migranten und für die Gesellschaft entsteht so eine klassische Win-win-Situation.

Kleine Betriebe können keine eigene Struktur aufbauen, um Fachkräfte anzuwerben und auf Dauer zu integrieren. Der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Dresden, Dr. Andreas Brzezinski, lobte in seiner Ansprache das »Netzwerk Fachkräfte international« aus Plauen. Die typischen kleinen und mittelständischen Betriebe aus dem Vogtland haben mit dem Netzwerk einen Ansprechpartner. Neben der Sprachvermittlung und fachlichen Ausbildung steht die gesellschaftliche Integration auf der Agenda. Die Menschen sollen eine neue Heimat finden und in der Region bleiben. Domkapellmeister Christian Bonath lobte die Arbeit des Paradiesorchesters der Evangelischen Hochschule Dresden. Es heißt Geflüchtete

in Dresden willkommen und bietet einen geschützten Ort zum Musizieren.

Die Laudatio auf die Deutschlehrer aus Crimmitschau hielt die Stipendiatin des Marwa El-Sherbini-Stipendiums für Weltoffenheit und Toleranz. Flaurita Maffokang würdigte das hohe Niveau und die Hilfe, die unmittelbar wirkt und sich langfristig in mehreren Bereichen auszahlt. Die Senioren geben seit mehreren Jahren täglich eine Doppelstunde Deutsch im Lutherhof. Der Sonderpreis des Ausländerbeauftragten wurde mit 2.000 Euro dotiert.

// Markus Guffler



Zum Abschluss bedankte sich Petra Köpping bei dem demnächst aus dem Amt scheidenden Ausländerbeauftragten Geert Mackenroth für zehn gemeinsame Jahre der Integrationsarbeit mit einer Schale Zitronen.

Anlaufstelle für Opfer von DDR-Unrecht

Sächsische Landesbeauftragte berät Opfer der SED-Diktatur



<https://lasd.landtag.sachsen.de>

Die Sächsische Landesbeauftragte
Dr. Nancy Aris (r.) und
Berater Maximilian Heidrich

Foto: LASD

Insgesamt wenden sich jährlich zwischen 500 und 1.000 an ihre Behörde, um sich über Möglichkeiten der Rehabilitation und Entschädigung beraten zu lassen. Sie erhalten Hilfe beim Stellen von Anträgen, lernen SED-Unrechtsbereinigungsgesetze zu verstehen oder die eigene Lebensgeschichte aufzuarbeiten. Es kommen Menschen, die aus politischen Gründen inhaftiert waren, die in Spezialkinderheime und Jugendwerkhöfe eingewiesen wurden, denen Bildungschancen verwehrt blieben oder die im Beruf Benachteiligungen erlebten. Enteignungen, Zersetzungsmaßnahmen, Unterbringungen in psychiatrischen Anstalten, Staatsdoping und zweifelhafte Adoptionsentscheidungen sind weitere Themen. Der überwiegende Teil der Anfragen kommt derzeit von ehemaligen Heimkindern. Ein aktuelles Thema in den Beratungen ist auch die Einweisung in geschlossene Venereologische Stationen der DDR, wo insbesondere junge Frauen,

Menschen zu unterstützen, die in der DDR Opfer von politischem Unrecht geworden sind und zum Teil bis heute an den Folgen leiden, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Dr. Nancy Aris. Neben der Beratung in Dresden bietet sie jährlich bis zu 20 Bürgersprechtagen in den Kommunen vor Ort an.

unter dem Vorwand, sie hätten Geschlechtskrankheiten, rechtsstaatswidrig festgehalten wurden und erniedrigende gynäkologische Untersuchungen über sich ergehen lassen mussten. In den meisten Fällen ging es darum, unangepasste Mädchen und Frauen zu disziplinieren. Diejenigen, die dort oder in anderen geschlossenen Einrichtungen der DDR unterge-

bracht waren, berichten nicht selten von Gewalterfahrungen und sexuellem Missbrauch.

Die Beratungsanfragen an die Behörde werden von Maximilian Heidrich bearbeitet, der die Gespräche in den Räumen der Landesbeauftragten oder telefonisch durchführt, in Archiven recherchiert und mit den zuständigen Rehabilitierungsbehörden oder Versor-

gungsämtern kommuniziert. Daneben ist Utz Rachowski, Schriftsteller und selbst ehemals politisch Verfolgter, in ganz Sachsen unterwegs, um bis zu 20 Bürgersprechtagen jedes Jahr in verschiedenen Kommunen anzubieten.

Warum ist der Beratungsbedarf auch 35 Jahre nach dem Mauerfall noch so groß? Für viele Betroffene beginnt die persönliche Aufarbeitung erst mit dem Renteneintritt. Auch haben sich die Reha-Gesetze in den letzten Jahren verändert und der Kreis der Anspruchsberechtigten wurde sukzessive größer. Einen Rückgang der Anfragen wird es nach Einschätzung der Landesbeauftragten – insbesondere auch in Sachsen – mittelfristig also nicht geben.

Die Landesbeauftragte bietet deshalb ab Frühjahr 2025 wieder Sprechstunden in ganz Sachsen an. Informationen dazu sind unter <https://lasd.landtag.sachsen.de> zu finden.

Utz Rachowski



Foto: A. Seidel

// Dr. Teresa Tammer

JUGENDLICHE ERFORSCHEN DIE

20. Sächsische Jugendgeschichte im Landtag

Am 21. und 22. November 2024 war es wieder so weit: Die 20. Sächsischen Jugendgeschichte tage fanden im Sächsischen Landtag statt. In diesem Jahr haben sich 18 Jugendgruppen aus Sachsen auf Spurensuche begeben und beeindruckende Geschichten zusammengetragen. Im Parlament zeigen sie, was sie in den zurückliegenden Monaten im Rahmen des Programms »Spurensuche« recherchiert, entdeckt und erforscht haben.



Im Rahmen des Projektmarktes stellten die Jugendgruppen ihre Geschichtsprojekte vor



Wenn es Ende November rund um den Plenarsaal turbulent zugeht, die Flure von mehreren Hundert Jugendlichen bevölkert werden und kreativ gestaltete Präsentationsstände zu geschichtlichen Entdeckungsreisen einladen, dann sind wieder Jugendgeschichte tage im Sächsischen Landtag. Seit über 20 Jahren wird die Veranstaltung gemeinsam von der Sächsischen Jugendstiftung und dem Sächsischen Landtag veranstaltet und vom Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt gefördert. Dabei zeigen jugendliche Spurensucher aus 18 Projektteams, was sie in monatelanger Arbeit über die Geschichte ihrer Heimat herausgefunden haben. Sie durchstöbern Archive, besuchen Museen, erkunden Orte, lesen alte Briefe oder führen spannende Zeitzeugengespräche.

Workshops und Projektmarkt

So war es auch in diesem Jahr wieder. Vom 21. bis 22. November 2024 fanden die Jugendgeschichte tage erneut im Sächsischen Landtag statt. Gekommen waren rund 230 Teilnehmer, Gäste und Besucher aus allen Teilen Sachsens. Am ersten Tag gab es ein großes Angebot an Workshops und

Exkursionen, um den Wissensdurst der geschichtsinteressierten Jugendlichen zu stillen. Zur Auswahl standen verschiedene Themen, unter anderem zur »Jugendkultur in der DDR«, zu den »Spuren jüdischen Lebens in Pirna« oder ein »Spurenrundgang in der Gedenkstätte Münchner Platz Dresden«.

Der emotionale Höhepunkt der Geschichte tage wartete je-

doch am zweiten Tag auf die Jugendlichen. Zum Projektmarkt am Freitagnachmittag konnten sie voller Stolz die Ergebnisse ihrer Entdeckungen präsentieren. Jeder einzelne Stand lud ein zu einer besonderen Zeitreise durch die Geschichte Sachsens. Zum Beispiel das Projekt um die jugendliche Opposition im Nationalsozialismus. Die sog. »Leipziger Meuten« waren Jugendliche, die sich ihren Freiraum suchten, in einer Zeit, in der das gesamte Leben gleichgeschaltet war. Die jugendlichen Spurensucher waren in Leipzig unterwegs, hatten sich alte Stadtpläne besorgt und einen Audio-guide erstellt. Die Jugendlichen des Kinder- und Jugendhauses »Compact« aus Chemnitz entwickelten zum 50-jährigen Bestehen des Fritz-Heckert-Gebiets ein Theaterstück und einen Film über die Geschichte des Wohngebietes. Sie schlüpfen dafür

Moderator Sven Riesel, Andrea Büttner, Alexander Dierks und Marcel Berger im Gespräch



E GESCHICHTE IHRER HEIMAT



Landtagspräsident Dierks besucht die Projektstände



in verschiedene kreative Rollen, um durch Schauspiel, Drehbuch, Musik und Requisiten die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Viertels auf die Bühne zu bringen.

Landtagspräsident zeigt sich begeistert

Von diesen und allen weiteren 18 ausgestellten Themen zeigten sich Landtagspräsident Alexander Dierks, Abteilungsleiter Thomas Früh im Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie

Andrea Büttner, Geschäftsführerin der Sächsischen Jugendstiftung bei einem Rundgang begeistert. Bei seiner Begrüßung im Plenarsaal sagte Landtagspräsident Alexander Dierks, der die Schirmherrschaft über die Veranstaltung übernommen hat: »Die Jugendgeschichtstage im Sächsischen Landtag sind seit 20 Jahren ein großer Erfolg!« Staatsministerin Petra Köpping, lobte: »Das Wissen um die eigene Geschichte stärkt nicht nur die Identität. Es gibt uns auch Kraft aus Fehlern zu lernen, das Heute besser zu verstehen und damit auch Zukunft gestalten zu können.«

Preise gehen nach Leipzig und Chemnitz

Für Spannung sorgte am Ende der Jugendgeschichtstage die Preisverleihung. Ausgezeichnet wurden neben den bereits erwähnten Projekten »Leipziger Meuten« der Initiative Nachbarschaftsschule Leipzig e. V. und dem Projekt zum Chemnitzer Fritz-Heckert-Gebiet das Fanprojekt Leipzig. In ihrer Arbeit »Das Bruno-Plache-Stadion als Ort lebendiger Geschichte« erforschten die Jugendlichen die Vergangenheit der Spielstätte des traditionsreichen Fußballklubs 1. FC Lok Leipzig.

Den Publikumspreis erhielt die Jugendgruppe des Regenbogenbus e. V. aus Eppendorf. Ihr Projekt »The taste of war« thematisiert die Lebensmittelknappheit während und nach dem Zweiten Weltkrieg in der Region Eppendorf.

Am späten Freitagnachmittag wurde es dann Stück für Stück wieder ein wenig ruhiger rund um den Plenarsaal. Doch im kommenden Jahr wollen die Jugendgeschichtstage das Parlament wieder in Beschlag nehmen und für quirliges Leben sorgen.

// Dr. Daniel Thieme/
Susanne Kuban





»Ein Schwarzmarkt für Fleisch ist jetzt nicht das, was wir brauchen.«

Emanuel Vogt über Fleischkonsum

WORTE MIT WIRKUNG

Das Jugend-Redeforum und die Stimmen der Zukunft

Spontanität, Durchsetzungsvermögen und Überzeugungskraft – all das besaßen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 21. Jugend-Redeforums im Sächsischen Landtag zur Genüge. Wo sonst Abgeordnete Gesetze beschließen, durften am 2. November 36 Schülerinnen und Schüler aus insgesamt 20 Schulen in Sachsen sowie dem südlichen Brandenburg ihre Rhetorik-Künste in hitzigen Debatten und Reden unter Beweis stellen. FSJlerin Magdalena Portack war dabei und hat das Geschehen aus nächster Nähe verfolgt.

8:30 Die Lobby des Plenarsaals füllt sich allmählich. Neben den Debattierenden, die sich vor Beginn noch eine kleine Stärkung am Buffet sichern, versammeln sich auch Lehrkräfte, Eltern und zahlreiche Mitschülerinnen und Mitschüler, die die Teilnehmer unterstützen wollen. Die Stimmung ist »freudig aufgeregt, aber auch leicht nervös,« wie es von einigen Schülerinnen beschrieben wird.

8:45 Die Spannung steigt: Die Diskussionsthemen werden erst während der Vorbereitungs-

zeit vor jeder Debatte bekanntgegeben – was den Meinungsaustausch umso spannender macht. Mit dieser Ungewissheit gehen die Teilnehmer ganz unterschiedlich um. Lukas Adam, der Gewinner des letzten Jahres, wiederholt für sich die aktuellen Themen, die möglicherweise zur Debatte stehen könnten. Er versucht, sich so gezielt vorzubereiten und die Aufregung etwas einzudämmen. Andere gehen es entspannter an. Eine Teilnehmerin erklärt: »Ich habe einfach ein paar Podcasts zu aktuellen Themen gehört – der Rest wird improvisiert.«

9:00 Nun suchen sich alle einen Platz im Plenarsaal, um den offiziellen Auftakt des 21. Jugend-Redeforums nicht zu verpassen. Hier begrüßt der Landtagspräsident Alexander Dierks die Gäste. Er betont, dass »eine demokratische Gesellschaft von guten Debatten lebt« und der respektvolle Umgang trotz harter Auseinandersetzungen im Mittelpunkt stehen sollte.

9:45 Das Thema der ersten Diskussionsrunde wird auf dem Flipchart bekannt gegeben. Es

ist bewusst etwas provokant formuliert und lautet: »Wir gehen gern in den Zoo! – Tierquälerei oder ein Beitrag zum Erhalt gefährdeter Arten?«. Die konstruktive Anspannung kann man im Raum förmlich spüren. Im Vorbereitungssaal stehen den Teilnehmerinnen und Teilnehmer jeweils nur fünf Minuten zur Verfügung, um sich mit den komplexen und oft kontroversen Themen auseinanderzusetzen, Stichpunkte festzuhalten und ihre Argumente zu strukturieren – und das natürlich ohne jegliche Hilfsmittel.

9:55 Die Zeit läuft! Ab jetzt haben die Diskutantinnen und Diskutanten 15 Minuten, um ihre Position überzeugend darzulegen. In dieser Zeit sind die Plätze in den Sälen voll besetzt und Abgeordnete des Landtags,



Die drei Bestplatzierten: Nathalie Juhnke, Jakob Paridon und Henriette Glauche (v.l.)

Fotos: M. Rietschel

»Die Welt wird schneller! – und das sage ich als junger Mensch.«

Lukas Adam über Fakenews im Internet

»Weil einige Bonzen ihre dicken Karren vorführen wollen?«

Jakob Paridon über das Tempolimit

Die besten Zitate des 21. Jugend-Redeforums

Lehrkräfte, »Fanclubs« wie auch Mitstreiterinnen und Mitstreiter lauschen gespannt den Debatten. Sie argumentieren und diskutieren über die Gleichstellung der Geschlechter, die Wiedereinführung der Wehrpflicht, das Internet und unser soziales Miteinander oder gesetzliche Verbote für ein umweltbewusstes Verhalten. Mit einer rhetorischen Stärke, großer Wortgewandtheit und vielfältigen Argumenten versuchen die Diskutanten die Jury zu überzeugen. Die Juroren kommen aus großen Medienhäusern, aus Zeitungsredaktionen, dem Verband der Redeschreiber deutscher Sprache sowie anderen Kommunikationsbereichen. Nach Ende der jeweiligen Debatte geben sie ein Feedback und bewerten jeden einzelnen Beitrag. Die Kritik hat ein sehr hohes Niveau und wird von den

Teilnehmenden umgehend angenommen und in den darauffolgenden Debatten angewandt.

13:15 In der Mittagspause können alle ein wenig Durchatmen und Kräfte sammeln – zumindest bis die Ergebnisse der Vorrunde bekannt gegeben werden. Die Spannung steigt von Minute zu Minute.

13:45 Die zehn Punktbesten stehen fest! Sie ziehen in das Finale ein. Vor dem Bildschirm am Eingang des Plenarsaals versammeln sich die Finalisten, um die Reihenfolge der Reden auszulösen.

14:15 Alle Anwesenden strömen in den Plenarsaal. Schon vor der ersten Rede ist

es so voll, dass einige auf die Besuchertribüne ausweichen müssen. Sobald die erste Rednerin den Raum betritt, verstummt auch das letzte Murmeln. Gespannt warten nun alle darauf, was die Rhetorikkünstler zu aktuellen Themen zu sagen haben. Jakob Paridon, Sieger der Vorrunde, spricht beispielsweise mit markanten Worten über die Notwendigkeit eines Tempolimits auf deutschen Autobahnen. Seiner Meinung nach sei die Freiheit des schnellen Fahrens in Wahrheit eine »Freiheit zum Zerstören, Töten und Vergiften«. Auch alle anderen Finalteilnehmer tragen jetzt ihre Reden vor.

15:15 Während die Jury sich zur Beratung zurückzieht, genießen alle anderen die Pause zum Kaffee und Kuchen. Eine Mischung aus Erleichterung und Anspannung liegt in der Luft, denn die Ungewissheit über die Top-Platzierungen sorgt für Spannung.

15:45 Es ist so weit! – Das Endergebnis steht fest. Ein letztes Mal an diesem Tag nehmen alle im Plenarsaal ihre Plätze ein. Zunächst wird der Sieger der Vorrunde, der die höchste Punktzahl erreichte, geehrt. Nach der Bekanntgabe der Plätze 2

und 3, die Nathalie Juhnke aus der 12. Klasse vom Schiller-Gymnasium Bautzen und Henriette Glauche aus der 11. Klasse vom Romain-Rolland-Gymnasium belegen, folgt schließlich die Krönung des Gesamtsiegers. Es ist Jakob Paridon, der nach der Vorrunde auch das Finale gewinnt. »Ich bin sehr froh, so viele interessierte Leute treffen zu dürfen und natürlich auch so erfolgreich gewesen zu sein«, resümiert der frisch gekürte Gewinner erleichtert.

Christoph Schumacher, Kommunikationschef bei Infineon Technologies, der seit mehreren Jahren als Juror beim Jugend-RedeForum mitwirkt, zeigt sich ebenfalls begeistert: »Ich bin sehr beeindruckt von der sprachlichen Leistung und dem Engagement«. Debatten seien ein wichtiger Bestandteil des Miteinanders, und es sei gut, wenn junge Menschen es üben: »Wenn ich einen kleinen Beitrag dazu leisten kann, mache ich das gerne.« Für ihn, die weiteren Jury-Mitglieder und die allermeisten Teilnehmer war das 21. Jugend-RedeForum im Sächsischen Landtag ein großer Erfolg, der nächstes Jahr sicher eine Wiederholung finden wird.

// Magdalena Portack

Politikerinnen zwischen Aufbruch und Rollenerwartung

Voraussetzungen für die Tätigkeit der ersten Parlamentarierinnen in Sachsen

Mit der Einführung des Frauenwahlrechts zogen 1919 erstmals Frauen in den sächsischen Landtag ein. Ihre männlichen Kollegen hatten klare Vorstellungen davon, womit sich die Damen beschäftigen sollten. Sie überließen ihnen hauptsächlich Themen in der Sozial- und Bildungspolitik. Der politische Horizont der Frauen war jedoch deutlich größer, wie ihre Biografien zeigen.



Anna Geyer (USPD) bei einer Rede im Landtag am 8. April 1919.

Es gibt Ereignisse in der sächsischen Geschichte, die zu Unrecht in Vergessenheit geraten sind. In der Umbruchszeit vom Königreich zum Freistaat Sachsen stehen dafür zwei Tage im Februar 1919. Sie sorgten für eine fundamentale Änderung der politischen Teilhabe der Bevölkerung. Durch die Einführung des aktiven wie passiven Wahlrechts für Frauen erhielt die Mehrheit der Bevölkerung die Möglichkeit zur Einflussnahme auf die Landespolitik. Während 1909 zur letzten Landtagswahl im Kaiserreich etwa 770.000 Sachsen wahlberechtigt waren, stieg die Zahl zehn Jahre später deutlich an. Durch das Frauen-

wahlrecht und starkes Bevölkerungswachstum waren am 2. Februar fast 2,9 Millionen Personen wahlberechtigt.

Eng damit verbunden ist der 25. Februar 1919. An diesem Tag versammelte sich die Sächsische Volkskammer (so hieß der Landtag 1919/20) zu ihrer ersten Sitzung. Unter den 96 Abgeordneten befanden sich erstmals drei Frauen: Helene Wagner aus Chemnitz (Mehrheitssozialdemokraten/MSPD), Anna Geyer aus Leipzig (Unabhängige Sozialdemokraten/USPD) und Julie Salinger aus Dresden von der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Ihnen folgten in

den Wahlperioden bis 1933 weitere 16 weibliche Abgeordnete, die fast das gesamte politische Spektrum repräsentierten. Ihre Namen sind jedoch weitgehend in Vergessenheit geraten. Wer kennt heute neben den drei genannten noch Ida Bauer, Martha Schilling, Martha Seifert, Bertha Thiel (alle SPD), Elise Thümmel (USPD, dann SPD), Martha Schlag (KPD, dann SPD), Mily Bültmann, Magdalene Focke (beide Deutschnationale Volkspartei/DNVP), Eva Büttner (MSPD/ASP), Helene Glatzer, Margarethe Groh (später Groh-Kummerlöw), Olga Körner, Martha Kühne, Margarete Nischwitz (alle KPD), Doris

Hertwig (später Hertwig-Bünger, Deutsche Volkspartei) und Else Ulich-Beil (DDP)? Bei einigen mag noch die kurze Mandatszeit als Grund gelten. Sie waren als Nachrückerinnen in den Landtag gekommen und übten ihr Mandat nur für wenige Monate aus (z. B. Ida Bauer und Magdalene Focke). Elise Thümmel und Martha Schlag waren hingegen mehr als ein Jahrzehnt im Parlament tätig. Die Frauen vertraten sechs verschiedene Parteien, wobei die Vertreterinnen der Arbeiterparteien ihren Kolleginnen der bürgerlich-konservativen Kräfte zahlenmäßig fast die ganze Zeit überlegen waren. Die Zentrumspartei, die zahlreiche weibliche Abgeordnete in den Reichstag und in andere Landesparlamente entsandte, spielte im protestantisch geprägten Sachsen keine Rolle, und die seit 1926 im Landtag vertretenen Nationalsozialisten schlossen eine politische Betätigung von Frauen grundsätzlich aus. Der Frauenanteil blieb über den gesamten Zeitraum sehr gering und lag bis 1933 zwischen 2,1 und 7,3 Prozent. Anders als im Reichstag und anderen Landesparlamenten gab es in Sachsen keine Abnahme des Frauenanteils ab Ende der 1920er Jahre. Zwar war auch hier die Erosion der bürgerlich-konservativen Kräfte zu verzeichnen (im Juni 1930 verließ

die letzte Parlamentarierin aus diesem Parteienspektrum den Landtag), dies wurde aber durch die KPD ausgeglichen, die erst ab 1929 Frauen auf aussichtsreiche Listenplätze setzte.

Rollenerwartungen

Der sächsische Volksbeauftragte Georg Gradnauer (SPD), der die erste Sitzung der Volkskammer eröffnete, hieß die drei anwesenden Parlamentarierinnen ausdrücklich willkommen: »Insbesondere begrüße ich auch die hier anwesenden Frauen, die früher von der Volksvertretung ausgeschlossen waren und jetzt zum ersten Male an dieser Stätte erscheinen, um mitzuwirken an den Aufgaben der Gesetzgebung zum Wohle der Gesamtheit.« In seiner Ansprache entwickelte er aber auch eine – aus heutiger Sicht – recht eigenwillige Vorstellung, womit sich die Neu-Politikerinnen beschäftigen sollten: »Auf allen Gebieten [...] muß Neues aufgebaut werden. Es sei nur an die Fülle der Aufgaben auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge und der Wohlfahrtspflege kurz erinnert, Gebiete, auf denen gerade auch für die Frauen eine besonders eifrige Mitarbeit ermöglicht wird.« Die Erwartung an das, was Gradnauer »den« Frauen im Parlament zutraute, war also recht begrenzt – und unterschied sich dabei auch nicht viel von anderen ähnlichen Aussagen zur Eröffnung der Länderparlamente in jenen Tagen. Eine programmatische Rede einer Abgeordneten, in der zumindest eine Protagonistin die Ziele für ihr parlamentarisches Handeln hätte erläutern konnten, gab es in Sachsen nicht. Es waren dagegen wieder Männer, die die Themenwahl der weiblichen Abgeordneten beeinflussten: Als Fraktionsvorsitzende waren sie maßgeblich an der Zuordnung der Abgeordneten in die Parla-



Quelle: Sächsischen Staatsarchiv – Hauptstaatsarchiv Dresden.

Nischwitz (KPD), Thümmel (USPD/SPD), Schilling (SPD), Dr. Hertwig-Bünger (DVP), Thiel (SPD), Bauer (SPD), Körner (KPD), Schlag (KPD/SPD), Glatzer (KPD), Groh (KPD), Büttner (SPD/ASP), Dr. Ulich-Beil (DDP)

mentsausschüsse beteiligt. Die erste Rede im Parlament hielt schließlich Helene Wagner am 4. März 1919 in einer Debatte über die englische Seeblockade gegen das Deutsche Reich, die zu enormen Versorgungsproblemen führte. Sie fühlte sich offenbar veranlasst, eine explizit weibliche Perspektive in die Diskussion einzubringen. Ihre Rede eröffnete sie wie folgt: »Wenn ich das Wort ergreife, so aus dem Grunde, um [...] zum Ausdruck zu bringen, wie die Hausfrauen und Mütter Schadens zu leiden haben.« Zum selben Thema sprach auch Julie Salinger, die den Männern im Hohen Haus zurief: »Sie, meine Herren, werden gewiß annehmen, daß ich eine unpolitische Frau bin und von diesen politischen Dingen nichts verstehe.«

Sozialisation als Prägefaktor

»Die« von Gradnauer angesprochene Frau gab es im Sächsischen Landtag ebenso so wenig wie es »den« Mann gab. Vielmehr spiegelte sich im Wirken der weiblichen Abgeordneten

deren Lebens- und Berufsweg vor Eintritt in die Politik. Frauen aus oft vielköpfigen Arbeiterfamilien standen jenen aus bürgerlichem Elternhaus gegenüber, deren Lebensweg, z. B. durch den Erwerb höherer Bildung, völlig konträr verlaufen war. So befanden sich mit Doris Hertwig-Bünger und Else Ulich-Beil zwei promovierte Philologinnen unter den ersten Landesparlamentarierinnen. Eva Büttner hatte ein Studium am Dresdner Konservatorium abgeschlossen, Magdalene Focke eine Ausbildung zur Lehrerin. Vertreterinnen der Arbeiterparteien hatten zumeist die Volksschule besucht und waren oft gezwungen, schon früh zum Familieneinkommen beizutragen (z. B. Margarete Groh und Margarete Nischwitz). Weiterführende Bildung erwarben sie über entsprechende Bildungsangebote ihrer Parteien oder z. B. über Heimvolkshochschulen (so Ida Bauer).

Auch im Lebensalter unterschieden sich Vertreterinnen von Arbeiterparteien und bürgerlichen Parteien: Margarete Groh zog 1930 als jüngste Landtagsabgeordnete Deutschlands

mit gerade einmal 21 Jahren in den Landtag ein, Anna Geyer war 25 Jahre alt, Helene Glatzer 27. Dagegen war Julie Salinger 55 Jahre alt, die beiden Deutschenationalen Mily Bültmann (57) und Magdalene Focke (58) waren die ältesten weiblichen Landtagsabgeordneten. Was die Frauen gemeinsam hatten, war ihr jahre-, teilweise auch jahrzehntelanges gesellschaftliches Engagement: Bei den Vertreterinnen der Arbeiterparteien waren es Gewerkschaften (Margarete Nischwitz), die Arbeiterwohlfahrt (Martha Schilling) oder der kommunistische Rote Frauen- und Mädchenbund, bei den bürgerlichen u. a. die Innere Mission, Lehrerinnenvereine (Magdalene Focke, Doris Hertwig-Bünger), der Stadtbund Leipziger Frauenvereine oder der Dresdner Rechtsschutzverein für Frauen. Gerade Vertreterinnen bürgerlicher Parteien hatten im Ersten Weltkrieg als »Sachverständige« in kommunalen Gremien mitgearbeitet (Else Ulich-Beil in Leipzig). Inwiefern diese biografischen Prägungen politische Positionen beeinflussten, wird in einer der kommenden Ausgaben des Landtagskuriers dargestellt.

// Dr. Lutz Vogel



Foto: C. Jacquemin

DR. LUTZ VOGEL

studierte Neuere und Neueste Geschichte, Politikwissenschaft und Soziologie an der TU Dresden. In seiner Dissertation untersuchte er die Migrationsgeschichte der sächsischen Oberlausitz. Seit 2016 arbeitet er am Hessischen Institut für Landesgeschichte in Marburg.

Plenarsitzungen

18.12. – 19.12.2024

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf www.landtag.sachsen.de.

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weitere Informationen

Fraktionen der 8. Wahlperiode

CDU, Tel. 0351 493-5601

AfD, Tel. 0351 493-4201

BSW, Tel. 0351 493-4410

SPD, Tel. 0351 493-5700

BÜNDNISGRÜNE, Tel. 0351 493-4800

Die Linke, Tel. 0351 493-5800

Besucherdienst

Anmeldungen für Führungen sowie Planspiele nehmen wir unter Tel. 0351 493-5132 entgegen.

Offene Führungen ohne Anmeldung: für alle Altersgruppen geeignet
Treffpunkt:

Bürgerfoyer im Neubau am Elbufer
Diese Führungen finden an jedem zweiten und vierten Freitag im Monat ab 17 Uhr statt. (Ausnahme: 27.12.24)
Bitte ab 18 Jahren Lichtbildausweis mitbringen.

Öffentliche Ausstellung im Bürgerfoyer

»DAS PARLAMENT DER SACHSEN«

Mo. bis Fr. von 9 bis 18 Uhr

Publikationsbestellung und Leserbriefe

SÄCHSISCHER LANDTAG

Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Protokoll, Besucherdienst

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1,

01067 Dresden, Tel. 0351 493-5133

publikation@slt.sachsen.de

www.landtag.sachsen.de



www.landtag.sachsen.de/publikationen



www.landtag.sachsen.de/veranstaltungen



Der Sächsische Landtag auf X: x.com/sax_lt
auf Instagram: [instagram.com/sachsen_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)
und auf YouTube: [YouTube/Sachsischer Landtag](https://www.youtube.com/SachsischerLandtag)

Empfohlen für Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 4 bis 7



NEUAUFLAGE

Quizfächer für Kinder

**Wenn ihr wissen wollt,
wie Demokratie funktioniert,
welche Aufgaben Abgeordnete haben,
wie überhaupt Politik gemacht wird,
dann spielt dieses Spiel.
Danach seid ihr schlauer!**



Gleich hier bestellen!
www.landtag.sachsen.de/publikationen